

**MITTEILUNGSBLATT**  
**der Privaten Pädagogischen Hochschule**  
**Stiftung Burgenland**

---

Studienjahr 2018/19

Ausgegeben am 20. 5. 2019

Nr. 05

---

**Verordnung des Rektorats über die studienrechtlichen**  
**Zuständigkeiten in den Masterstudien Lehramt**  
**Primarstufe Inklusive Pädagogik im Umfang von**  
**90 ECTS-Anrechnungspunkten**

und

**Curriculum Masterstudium Lehramt Primarstufe**

Das Curriculum finden Sie [hier](#).

**Masterstudium Lehramt Primarstufe mit Schwerpunkt in Inklusiver**  
**Pädagogik - 90 ECTS-AP – Förderbereich kognitive Entwicklung**

Das Curriculum finden Sie [hier](#).

**Masterstudium Lehramt Primarstufe Inklusive Pädagogik – 90**  
**ECTS-AP - Förderbereich emotionale und soziale Entwicklung**

Das Curriculum finden Sie [hier](#).

**Masterstudium Lehramt Primarstufe mit Schwerpunkt in Inklusiver  
Pädagogik – Förderbereich Sprechen, Sprache und Kommunikation  
- 90 ECTS-Anrechnungspunkte**

Das Curriculum finden Sie [hier](#).

Für das Rektorat:

Weisz

**Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Private Pädagogische Hochschule Burgenland, Thomas Alva Edison-Straße 1, 7000 Eisenstadt

Internet: [www.ph-burgenland.at](http://www.ph-burgenland.at)

# **Verordnung des Rektorats über die studienrechtlichen Zuständigkeiten in den Masterstudien Lehramt Primarstufe Inklusive Pädagogik im Umfang von 90 ECTS-Anrechnungspunkten**

---

## **Präambel**

Die Masterstudien Lehramt Primarstufe Inklusive Pädagogik im Umfang von 90 ECTS-Anrechnungspunkten werden als gemeinsam eingerichtete Studien der vier Pädagogischen Hochschulen im Entwicklungsverbund Süd-Ost<sup>1</sup> (EVSO) angeboten.

Entsprechend § 39b Abs 3 HG 2005 werden von den Kooperationspartnerinnen Regelungen betreffend die Zuständigkeiten zur Vollziehung der studienrechtlichen Bestimmungen festgelegt. Zudem wird bestimmt, welche studienrechtlichen Satzungsbestimmungen welcher beteiligten Pädagogischen Hochschule jeweils zur Anwendung kommen.

## **§ 1 Geltungsbereich**

Die Festlegung der Zuständigkeiten zur Vollziehung der studienrechtlichen Bestimmungen und der Anwendung der studienrechtlichen Satzungsbestimmungen bezieht sich auf die zwischen der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Graz (KPH), der Pädagogischen Hochschule Burgenland (PHB), der Pädagogischen Hochschule Kärnten (PHK) und der Pädagogischen Hochschule Steiermark (PHSt) gemeinsam eingerichteten Masterstudien Lehramt Primarstufe Inklusive Pädagogik im Umfang von 90 ECTS-Anrechnungspunkten.

## **§ 2 Zuständigkeit in Studienangelegenheiten**

- (1) Für Entscheidungen in studienrechtlichen Angelegenheiten, die nach den Bestimmungen des HG 2005 oder der Satzung die Zulassung zum Studium, die Meldung der Fortsetzung des Studiums bzw. die Inskription, das Erlöschen der Zulassung bzw. die vorzeitige Beendigung des Studiums, die Beurlaubung, den Studienbeitrag, die Anerkennung von Prüfungen, die Verleihung des akademischen Grades, die Ausstellung von Zeugnissen über Studienabschlüsse, die Ausstellung von Studienbestätigungen, Studienerfolgsnachweisen, der Abgangsbescheinigung und des Diploma Supplements und die Genehmigung der Ablegung einer Prüfung an einer anderen Pädagogischen Hochschule gem. § 52 Abs. 8 HG 2005 i.d.g.F. betreffen, ist das gemäß den für die jeweilige Institution geltenden Bestimmungen zuständige Organ jener Kooperationspartnerin zuständig, an der der/die Studierende zum Studium zugelassen ist.

---

<sup>1</sup> Pädagogische Hochschule Burgenland, Pädagogische Hochschule Kärnten, Kirchliche Pädagogische Hochschule der Diözese Graz-Seckau, Pädagogische Hochschule Steiermark.

- (2) Für Entscheidungen in studienrechtlichen Angelegenheiten, die nach den Bestimmungen des HG 2005 oder der Satzung die Anmeldung zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die Aufhebung von Prüfungen, den Abbruch von Prüfungen, die Nichtigerklärung von Beurteilungen, die Einsetzung von Prüferinnen und Prüfern sowie Prüfungssenaten/Prüfungskommissionen, die Betrauung von Lehrenden mit der Betreuung von Masterarbeiten, die Zuweisung von Studierenden zu Betreuerinnen und Betreuern, die Entgegennahme der Meldung des Themas von Masterarbeiten und die Ausstellung von Zeugnissen über Prüfungen sowie Masterarbeiten betreffen, ist das gemäß den für die jeweilige Institution geltenden Bestimmungen zuständige Organ jener Kooperationspartnerin zuständig, an der die Lehrveranstaltung angeboten, die betreffende Prüfung durchgeführt bzw. die Masterarbeit betreut wird.
- (3) Die Verleihung des im gegenständlichen Masterstudium vorgesehenen akademischen Grades erfolgt durch einen Bescheid des für studienrechtliche Angelegenheiten zuständigen Organs der zulassenden Pädagogischen Hochschule, wobei die jeweils andere Kooperationspartnerin auszuweisen ist (§ 65 Abs. 6 HG 2005 i.d.g.F.).

### **§ 3 In-Kraft-Treten**

Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Kundmachung im Mitteilungsblatt in Kraft.

Für das Rektorat